

DAS ROSA BRETT bietet Platz für *QueerVerweise* aller Art: Veranstaltungsankündigungen, Termin- und Publikationshinweise, Tagungsberichte, die Vorstellung von Initiativen und Projekten... Die Zahl schwul-christlich engagierter Gruppen, Verbände und Gottesdienstgemeinden steigt immer weiter. Das Rosa Brett will diese bekannt machen, miteinander in Kontakt bringen und zur Entwicklung neuer Ideen und Projekte beitragen.

Positionen & Reaktionen

zu Kardinal Ratzingers »Erwägungen«

Die »Erwägungen zu den Entwürfen einer rechtlichen Anerkennung der Lebensgemeinschaften zwischen homosexuellen Personen« aus Kardinal Ratzingers Feder lösten im Sommer diesen Jahres unterschiedlichste Reaktionen aus, die Michael Brinkschröder und Martin Hüttinger in ihren Beiträgen in dieser WERKSTATT reflektieren. Die Ökumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche (HuK) hat sich dankenswerterweise die Mühe gemacht, in einer 20-seitigen Beilage zum HuK-Info (Nr. 149/150) den Wortlaut der vatikanischen Erklärung und eine Auswahl an Reaktionen darauf abzdrukken, zum Beispiel:

Rosa Brett

- Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann vom 31. Juli 2003
- Gemeinsame Presseerklärung des Netzwerkes Katholischer Lesben (NkaL) und der Ökumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche e.V. (HuK)
- Stellungnahme der Katholischen Schwulen Priestergruppen Deutschlands (KSPD)
- Stellungnahme von Superintendent Dieter Hofmann, Evangelischer Kirchenkreis Oberhausen
- »Das Nein zum Ja-Wort Homosexualität. Lebenspartnerschaften und ein neues Dokument aus dem Vatikan.« Beitrag von Michael Schrom in Christ in der Gegenwart Nr. 33 vom 17.8.2003
- »Der Vatikan – ein Fall für den Verfassungsschutz.« Alice Schwarzer in Emma, Sept./Okt. 2003.

Die HuK hat der WERKSTATT-Redaktion einige Exemplare dieser Dokumentation zur Verfügung gestellt.

Wer ein Exemplar gegen eine Versandpauschale von 2,- € möchte, mailt, faxt oder schreibt an:

WeSTh, c/o Christian Herz
Isareckstr. 48
D-81673 München
Tel./Fax: +49 (089) 890 688 38
bestellung@westh.de

Die eigentlichen Adressaten des vatikanischen Schreibens, sprich die Politiker aller Couleur, haben unterschiedlich zum Papier Stellung bezogen, was die WERKSTATT hier auszugswise dokumentiert.

LSVD

**»Demokratischer Anstand
erfordert gleiche Rechte«**

Manfred Bruns, Sprecher des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSVD), erklärte in einer ersten Stellungnahme gegenüber der Presse:

»Die Aufforderung von Kardinal Ratzinger an alle katholischen Politiker, sich der Legalisierung eheähnlicher Formen im Zusammenleben von Homosexuellen zu widersetzen, ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten.

Es geht um Politik, und die wird bekanntlich von gesetzgebenden Organen gestaltet. Ratzingers Aufforderung ist eine massive Einmischung der katholischen Kirche in die Gestaltungsfreiheit der Parlamente. Die

Kirche sollte sich auf ihre eigentlichen Aufgaben wie Gottesdienst und Seelsorge beschränken. Darin liegt die ›moralische Pflicht‹ der katholischen Kirche.

Wir warnen Kardinal Ratzinger davor, gegen Lesben und Schwule Stimmung zu machen. Der Schuss geht nach hinten los. Mit solchen Extrem- und Minderheitenpositionen werden der katholischen Kirche noch mehr Mitglieder davonlaufen. Kardinal Ratzinger hat seiner Kirche keinen guten Dienst erwiesen.

Es gibt keinen Grund, Lesben und Schwulen gleiche Rechte vorzuenthalten. Wer gegenseitig füreinander einsteht und Pflichten übernimmt, hat auch Anspruch auf gleiche Rechte. Der LSVD wird auch weiterhin dafür eintreten, dass eingetragene Lebenspartnerinnen und Lebenspartner die gleichen Rechte wie Ehepaare erhalten. Das ist eine Frage des demokratischen Anstands!«

Unmittelbar nach Erscheinen des neuen Vatikandokuments über gleichgeschlechtliche Partnerschaften erklärte Bruns im Namen des LSVD ferner:

»Der Vatikan legt einen ebenso weltfremden wie menschenfeindlichen Dogmatismus an den Tag. Der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) weist die unsägliche Behauptung, eine Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften schade dem Allgemeinwohl, entschieden zurück. Das ist unverhohlene Hetze gegen die Minderheit der Lesben und Schwulen.

Der Vatikan kann kein einziges sachliches Argument gegen Einge-

tragene Lebenspartnerschaften anführen. Deshalb versucht er es mit erpresserischem Gewissensdruck auf katholische Politiker. Der LSVD appelliert an die katholischen Politikerinnen und Politiker, gerade auch aus den Reihen der CDU/CSU, sich nicht zu Befehlsempfängern Roms degradieren zu lassen.

Wir leben nicht im Kirchenstaat, sondern im demokratischen Rechtsstaat. Das Bundesverfassungsgericht hat ausdrücklich festgestellt: ›Der besondere Schutz der Ehe in Artikel 6 Absatz 1 des Grundgesetzes hindert den Gesetzgeber nicht, für die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft Rechte und Pflichten vorzusehen, die denen der Ehe gleich oder nahe kommen.‹ Demokratische Politikerinnen und Politiker sollten sich an diesem Leitsatz der Gleichbehandlung orientieren und nicht am fundamentalistischen Sündendogma des Vatikans.

Von der Katholischen Bischofskonferenz in Deutschland verlangt der LSVD ein Ende der Berufsverbote. Die Bischofskonferenz droht Beschäftigten kirchlicher Einrichtungen, die eine Lebenspartnerschaft eingehen, mit Kündigung. Es hat bereits erste Entlassungen gegeben.

Es ist ein Skandal, dass einer der größten Arbeitgeber Deutschlands im einundzwanzigsten Jahrhundert seinen Beschäftigten ein Partnerschaftsverbot verordnet. Hier geht es nicht um Priester oder Ordensleute, sondern um ganz normale Berufe: den schwulen Krankenpfleger, die lesbische Erzieherin, den schwulen Hausmeister im Altenheim.

Was soll daran christlich sein, Menschen mit Berufsverbot zu bedrohen, weil sie füreinander sorgen wollen? Das ist nicht nur diskriminierend, das ist menschenfeindlich. Solange die Kirche diese Anordnung nicht zurücknimmt, wird sie mit ständigen Protesten zu rechnen haben.«

Bruns begrüßte im Weiteren die kritischen Stellungnahmen deutscher Politiker gegen das Vatikandokument und erklärte hierzu gegenüber der Presse:

›Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) begrüßt es, dass Politikerinnen und Politiker von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und F.D.P. sowie einzelne Stimmen aus der CDU den undemokratischen Zumutungen des Vatikans eine klare Absage erteilt haben.

Erschreckend ist aber, dass mehrere Politiker der CDU/CSU das Vatikan-Dokument ausdrücklich begrüßt haben. Es ist für uns unfassbar, wie Politiker demokratischer Parteien ein Papier gutheißen können, das eine solch hasserfüllte Sprache gegen Homosexuelle führt. Im Vatikan-Dokument wird ausgeführt, dass Homosexuelle an einer ›Anomalie leiden‹. Homosexuelle Beziehungen werden als nicht menschlich diffamiert. Homosexualität wird als ›das Böse‹ bezeichnet, der deshalb nicht einmal Toleranz entgegengebracht werden dürfe.

Der LSVD fordert die Vorsitzenden von CDU und CSU, Unionsfraktionsvorsitzende Angela Merkel und Ministerpräsident Edmund Stoiber, auf, sich eindeutig von den hasser-

füllten Aussagen des Vatikan-Dokuments zu distanzieren und Unionspolitiker, die das Vatikanpapier begrüßten, entsprechend zur Ordnung zu rufen. Meinungsverschiedenheiten über die rechtliche Ausgestaltung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften dürfen nicht dazu führen, dass Politiker bedenkenlos in die Verteufelung einer Minderheit einstimmen.

Die Union kann nun unter Beweis stellen, dass sie in der Gesellschaftspolitik nicht einfach der verlängerte Arm des Vatikans ist, indem sie in eine konstruktive Debatte um den weiteren Ausbau des Lebenspartnerschaftsgesetzes eintritt. «

(Lesben- und Schwulenverband in Deutschland, Pressestelle)

*Kontakt und weitere Informationen:
Lesben- und Schwulenverband in
Deutschland
Pressestelle: Willmanddamm 8,
D-10827 Berlin
E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de*

Grüne

**»Kein Kreuzzug gegen
Schwule und Lesben«**

Noch am selben Tag der dpa-Meldung erklärte der grüne Bundestagsabgeordnete Volker Beck, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

seiner Fraktion »Bündnis 90/Die Grünen«:

»Wir warnen den Vatikan davor, einen Generalangriff gegen die rechtliche Anerkennung und Gleichstellung homosexueller Lebensgemeinschaften zu starten. Die Werte des Abendlandes und der Schutz der Familie werden nicht dadurch geschützt, dass man Homosexuelle diskriminiert oder ihren Partnerschaften die rechtliche Anerkennung verweigert.

Auch die katholische Kirche und katholische Politiker müssen akzeptieren, dass unsere Rechtsstaaten auf den allgemeinen Menschenrechten wie der christlich-abendländischen Tradition und der Aufklärung basieren. In pluralistischen Gesellschaften kann man Homosexuellen die Gleichberechtigung nicht verwehren. Sie sind Bürger wie andere auch, sie zahlen Steuern und nehmen an Wahlen teil.

Für uns gilt: Wer gleiche Pflichten übernimmt, hat auch Anspruch auf gleiche Rechte. Die Verantwortung, die in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften gelebt wird, hat für uns den gleichen Wert wie die in heterosexuellen Lebensgemeinschaften gelebte. Deshalb sehen wir in der Vollendung der Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaften eine demokratische Verpflichtung. «

Einen Tag später legte Beck noch einmal nach und erklärte zum selben Thema:

»Herr Ratzinger sollte wissen: Es ist ein Kardinalfehler für die Kirche, die Liebe zu bekämpfen. Im demokratischen Staat haben gleich-

geschlechtliche Lebensgemeinschaften Anspruch auf Respekt und auf gesetzlichen Schutz vor Diskriminierung. Das hat das Bundesverfassungsgericht im Juli 2002 eindrucksvoll dargelegt. Wenn Rom nun einen Kreuzzug gegen die Bürgerrechte der Lesben und Schwulen startet, ist das ein bedenklicher Schritt zur Selbstisolierung der katholischen Kirche in der Demokratie.

Die Bewegung zur gesetzlichen Anerkennung homosexueller Paare nahm im protestantischen Skandinavien ihren Ausgang. Offenbar verstört es den Vatikan nachhaltig, dass nun zunehmend auch katholisch geprägte Länder gleichgeschlechtliche Partnerschaften anerkennen. Das katholische Belgien hat ihnen sogar die Ehe ermöglicht.

Nicht nur in Europa, auch in den lateinamerikanischen Demokratien steigt die Achtung vor den Menschenrechten Homosexueller. Vor wenigen Tagen wurden in Buenos Aires, der argentinischen Hauptstadt, die ersten Eingetragenen Partnerschaften geschlossen. In Brasilien gibt es aussichtsreiche Initiativen der Regierungspartei, landesweit die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften einzuführen. Diese positive Menschenrechtsentwicklung will der Vatikan nun offenbar zurückdrängen. Das wird ihm nicht gelingen.

Immer mehr Menschen erkennen: Die Familie wird nicht dadurch geschützt, dass man Homosexuelle diskriminiert oder ihren Partnerschaften die rechtliche Anerkennung verweigert. Im Gegenteil, eine gute

Familienpolitik stützt alle Menschen, die bereit sind, füreinander Verantwortung zu übernehmen.«

Beck, der zu den maßgeblichen Initiatoren des deutschen Lebenspartnerschaftsgesetzes zählt, wies die Vorwürfe des Vatikans gegen derartige Gesetzesvorhaben deutlich zurück:

»Die neue Verlautbarung des Vatikan zur gleichgeschlechtlichen Partnerschaft ist dagegen ein trauriges Dokument eines engstirnigen Fanatismus. Anders als protestantische Kirchen und auch viele katholische Theologen und Priester verteufelt der Vatikan homosexuelle Handlungen als schwere Sünde. Lebenspartnerschaftsgesetze als moralischen Verfall und Schaden für das Gemeinwohl zu geißeln, ist absurd. Der Vatikan bleibt jeden Nachweis schuldig, dass sich Lebenspartnerschaftsgesetze nachteilig auf Familien ausgewirkt haben könnten. In Dänemark besteht das Gesetz immerhin bereits seit 1989. Es geht um Menschen, die füreinander eintreten und sorgen wollen. Das ist kein Werteverfall, sondern ein Wertegewinn für die Gesellschaft.

Für demokratische Politikerinnen und Politiker sollten die neuesten Vatikan-Äußerungen geradezu ein Anstoß sein, den Abbau der Diskriminierung jetzt erst recht beherzt anzupacken. Wir sehen uns darin bestärkt, die Gleichstellung Eingetragener Lebenspartnerschaften weiter voranzutreiben.

Ratzingers neuer fundamentalistischer Ausbruch ist gleichzeitig auch ein Ausdruck von Schwäche. Der

Vatikan fühlt sich offenbar hilflos, weil die Menschen weltweit seinen Dogmen zur Sexualmoral nicht mehr folgen, sondern selbst entscheiden, wie sie Familie, Partnerschaft oder Ehe verantwortlich gestalten. Weil der Vatikan mit dieser Realität nicht zurecht kommt, greift er nun die homosexuelle Lebensgemeinschaft an, und versucht Vorurteile gegen eine Minderheit zu schüren. Das wird nicht verfangen.«

(Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Pressestelle)

*Kontakt und weitere Informationen:
Günter Dworek, Bundestagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Referent Antidiskriminierungs- und Ge-
sellschaftspolitik, Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, D-11011 Berlin
E-Mail: guenter.dworek@gruene-
fraktion.de
Internet: <http://www.gruene-fraktion.de>*

F.D.P.

»Nein – Herr Kardinal«

Guido Westerwelle, Bundesvorsitzender der liberalen F.D.P., reagierte empört auf die Kampagne des Vatikans zur Verurteilung eheähnlicher Partnerschaften von Homosexuellen und erhob in einem Zeitungsinterview entschiedenen Widerspruch. Er warf der katholischen Kirche Diskriminierung sowie ein »Moral-

verständnis des neunzehnten Jahrhunderts« vor. Westerwelle meinte, »wenn die katholische Kirche mehr auf ihre Gläubigen hören würde und auf das, was in der Gesellschaft vor sich geht, ginge es ihr auch besser.« Nach Meinung des F.D.P.-Chefs gehe die Kirche entschieden zu weit, wenn sie Minderheiten zur Diskriminierung frei gebe und nicht anerkenne, dass in einer Gesellschaft neue Lebensformen entstanden seien. Wenn Menschen Verantwortung für einander in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft übernehmen würden, sei dies kein Verlust, sondern ein Wertegewinn für die Gesellschaft. Der Chef der Liberalen betonte, dass die gleichgeschlechtliche Partnerschaft »gesellschaftliche Realität« sei und nicht diskriminiert werden dürfe. Das vertretene rückständige Gesellschaftsbild zeige sich auch an der verheerenden Tradition der vergangenen Jahrzehnte, Verhütungsmittel zu verbieten. In Afrika breite sich Aids »wie die Pest« aus. Wenn dennoch »Verhütung immer noch beschimpft werde, dann kann das von mir nicht akzeptiert werden«, betonte der liberale Parteivorsitzende.

Einig sah sich Westerwelle mit seinem Parteifreund, dem F.D.P.-Innenpolitiker und Bundestagsabgeordneten Max Stadler, der ebenfalls Einspruch gegen den Vorstoß des Vatikans erhob. Er werde – so Stadler – der Aufforderung, Widerstand zu leisten, nicht folgen. Wörtlich erklärte der F.D.P.-Bundestagsabgeordnete, der aus dem bayerischen Passau kommt, in einer Pressestellungnahme:

»Bei allem Respekt vor Kardinal Ratzinger: Die Aufforderung, katholische Abgeordnete müssten Widerstand gegen die so genannte Homoehe leisten, werde und kann ich nicht befolgen. Die katholische Kirche meldet sich bei wichtigen politischen Fragen oft in eindrucksvoller Weise zu Wort. Zu erinnern ist an das klare Bekenntnis zur Achtung des Völkerrechts während der Irak-Krise oder an die eindeutige Stellungnahme für eine humanitäre Migrationspolitik in der Debatte um das Zuwanderungsgesetz.

Ich kann aber nicht einsehen, warum es sittlich verwerflich sein soll, einer Verantwortungsgemeinschaft zwischen zwei homosexuellen Partnern den angemessenen rechtlichen Rahmen zu geben. Im Gegenteil: Ein gut ausgestaltetes Lebenspartnerschaftsgesetz ist durch und durch vernünftig.

Das in Deutschland von Rot-Grün vorgelegte Gesetz hat nicht in allen Punkten den juristischen Vorstellungen der F.D.P.-Bundestagsfraktion entsprochen, sodass die F.D.P. nicht zugestimmt hat. Die Grundidee, das Zusammenleben zweier homosexueller Partner auf eine verlässliche rechtliche Basis zu stellen, wird aber von uns Liberalen ohne wenn und aber geteilt. Daher, bei allem Respekt - nein zu Ihrer Aufforderung zum Widerstand, Herr Kardinal.«

*(F.D.P.-Bundestagsfraktion, Pressestelle)
Kontakt und weitere Informationen:
Bettina Lauer, F.D.P.-Bundestagsfraktion,
Pressestelle, Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, D-11011 Berlin
Internet: www.fdp-fraktion.de*

Schwusos

»Diskurs nicht mehr möglich«

Für den Bundesvorstand der »Schwusos«, des Arbeitskreises Lesben und Schwule in der SPD, erklärte dessen Mitglied Markus Schuke:

»Die vermessene Argumentation zur Homosexualität als dem ›Bösen‹ schlechthin disqualifiziert sich selbst. Zelotische Borniertheit entzieht sich der rationalen Auseinandersetzung und ist nicht satisfaktionsfähig, ein gesellschaftlicher Diskurs mit Kontrahenten, die sich verstiegen im Besitz der Wahrheit wähnen und diese mit allen Mitteln durchzusetzen suchen, scheint nicht mehr möglich. Insofern verleugnet die ›Kongregation für die Glaubenslehre‹ nicht ihren Ursprung in der ›heiligen Inquisition‹.

Nach dem Motto ›haltet den Dieb‹ lenkt der Vatikan von seiner Mitverantwortung an der tatsächlich erfolgten Aushöhlung der traditionellen Ehe und Familie durch die – auch unter Katholiken – sprunghaft gestiegene Zahl der Ehescheidungen ab, die mit lesbisch-schwuler Liberalisierung aber auch gar nichts zu tun hat. Hier liegt speziell für die Kinder ein sehr ernsthaftes Problem, zu dem der Vatikan seine Inkompetenz und Verantwortungslosigkeit unstrittig unter Beweis gestellt hat.

Die unverhohlene Einmischung des Vatikans in die Entscheidungsfreiheit der Abgeordneten muss unmissverständlich zurückgewiesen werden. Basis unserer Demokratie ist unser Grundgesetz, nicht die Moralvorstellung der katholischen Kirche. Die westlichen Demokratien sind keine Theokratien unter dem Diktat menschenverachtender Ideologen. Wir fordern eine grundlegende Trennung von Staat und Kirche, wie sie bisher nur in Frankreich befriedigend gelungen ist.

Es ist nur zu verständlich, wenn viele Lesben und Schwule nach diesem diskriminierenden Unflat aus Selbstachtung nicht mehr bereit sind, mit ihrer Kirchensteuer auch noch dessen Propagandisten zu finanzieren. Trotzdem rufen wir alle denkenden Katholiken auf, in ihrer Kirche zu bleiben und von innen und unten eine grundlegende Reform dieser Institution zu betreiben. Noch wichtiger ist es aber, dass möglichst alle Lesben und Schwule ihre politischen Organisationen finanziell unterstützen, damit diese auf solche Angriffe noch schlagkräftiger reagieren können.

Wir sprechen dem Vatikan jedes Recht ab, über Sittlichkeit und Moral zu urteilen, solange das Kondomverbot der Amtskirche weltweit, besonders in Afrika und Südamerika, die Ausbreitung von HIV/Aids fördert und fahrlässig zur Tötung von Millionen von Menschen führt und solange die Amtskirche den sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen durch ihre Amtsträger

nicht konsequent unterbindet und bestraft.

Der Vatikan hat den – auch katholischen – Lesben und Schwulen den Krieg erklärt. Darüber können auch die heuchlerischen Worte nicht hinwegtäuschen, homosexuellen Menschen solle mit »Achtung, Mitgefühl und Takt« begegnet werden, solange ihnen grundlegende Bürgerrechte vorenthalten und Diskriminierung als gottgewollt verkauft wird.«

*Markus Schuke,
Mitglied im Bundesvorstand des Arbeitskreises Schwule und Lesben in der SPD*

*Kontakt und weitere Informationen:
Markus Schuke
Lesben und Schwule in der SPD
Bundesvorstand
E-Mail: mt@marstoph.de*

LSU

**»Katholische Kirche
beschädigt Demokratie«**

Als einen »Angriff auf die Demokratie« bewerteten die Lesben und Schwulen in der Union (LSU) die versuchte Einflussnahme von Kardinal Ratzinger. Der Präfekt der römisch-katholischen Glaubenskongregation, wolle katholischen Politikern die Stimmabgabe für Gesetze, die homosexuelle Beziehungen der Ehe gleichstellen, verbieten. Gewählte Volksvertreter seien aber ihrem Gewissen, der Rechtsstaat-

lichkeit und ihrem Staat verpflichtet, nicht dem Papst, sagte der LSU-Bundesvorsitzende Rolf Ohler.

Unabhängig von einer theologischen Diskussion, die von Rom massiv unterdrückt werde, müsse die katholische Amtskirche akzeptieren, dass auch für sie die demokratischen Spielregeln gelten. Die LSU meinte ferner: »Für Deutschland heißt das, dass Kardinal Ratzinger frei gewählte Abgeordnete zum Rechtsbruch auffordert, indem er zum Boykott gegen das bestehende und vom Bundesverfassungsgericht bestätigte Lebenspartnerschaftsgesetz aufruft.« Hier überschreite der Kardinal arrogant und bewusst seine Grenzen. So warnte Mark T. Jones, im LSU-Bundesvorstand zuständig für den Arbeitskreis Kirche, die katholische Kirche davor, sich als Partner im gesellschaftspolitischen Dialog selbst zu disqualifizieren. Die katholische Kirche habe in vielen gesellschaftlichen Fragen vernünftige und bedenkenswerte Positionen: »Aber wenn sie in einzelnen Fragen so sehr aus dem Rahmen fällt, darf sie sich nicht wundern, wenn sie insgesamt immer weniger ernst genommen wird.«

Nach Ansicht der LSU werden gesellschaftspolitische Entwicklungen nicht durch »Machtworte« aus Rom, sondern durch die Lebensrealität entschieden. Wenn die katholische Kirche sich sinnvoll in die Diskussion um die Familienpolitik einbringen wolle, müsse sie zuerst anerkennen, dass Familien dadurch entstehen, dass Menschen in gegenseitiger Liebe Verantwortung über Generationen hinweg übernehmen. Dies habe

nach Ansicht der schwul-lesbischen Unionsmitglieder Gültigkeit, unabhängig von der sexuellen Orientierung. Wenn Kardinal Ratzinger dies als »Schaden für die Allgemeinheit« und »unmoralischen Akt« bezeichne, zeige das, wie weit er sich von der Lebensrealität entfernt habe.

Nach Einschätzung der LSU werde der Appell Ratzingers »fruchtlos« bleiben. Auch katholische Politiker handelten nach ihrem Gewissen und dem Wohl ihres Landes und nicht nach Weisungen der römisch-katholischen Glaubenskongregation. Wörtlich erklärte die LSU weiter an die Adresse des deutschen Kurienkardinals gerichtet: »Kardinal Ratzinger, der Vorsteher dieser katholischen Behörde, die unter ihrem früheren Namen ›heilige Inquisition‹ schon viel Leid über die Menschen gebracht hat, sollte sich trotzdem von diesem Aufruf zum Rechtsbruch distanzieren, und die Stärkung von Menschenrechten nicht weiter behindern. Eine solche direkte Einflussnahme der Kirche auf die politischen Entscheidungen ist inakzeptabel. Vielmehr sollte er sich um eine wahrhafte theologische Aufarbeitung dieses Themas kümmern.« Sinngemäß – so die LSU abschließend – helfe ihm da auch die Bibel weiter, die eine Trennung von Glauben und staatlicher Gewalt festschreibe: »So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!« (Matthäus 22,21)

(Lesben und Schwule in der Union)

Kontakt und weitere Informationen:
www.lsu-online.de

CDU-Politiker Kues

»Entspricht der Haltung
der Union«

Andere Töne kamen vom Beauftragten für Kirchen und Religionsgemeinschaften der Vorsitzenden der Unionsbundestagsfraktion, dem CDU-Abgeordneten Dr. Hermann Kues. Dieser erklärte am Erscheinungstag des neuen Dokumentes der Glaubenskongregation gegenüber der Presse:

»Die ›Erwägungen‹ aus Rom und auch die Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz dazu bestätigen die klare Position der Union, wonach eine Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mit der Ehe von Mann und Frau mit der vom Grundgesetz gewollten Bevorzugung von Ehe und Familie nicht vereinbar ist.

Gleichzeitig stellen die ›Erwägungen‹ heraus, dass jegliche Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensformen abzubauen beziehungsweise zu verhindern ist und dort, wo es sinnvoll ist, auch eine rechtliche Absicherung dieser Personen vorgenommen werden sollte. Auch dies entspricht der Haltung der Union.

Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften haben Anspruch auf

Toleranz und Respekt und rechtliche Absicherung ihrer Beziehung.

Allerdings ist eine Gesellschaft, die heterosexuellen Beziehungen keinen Vorrang einräumt, nicht zukunftsfähig. Insofern kann es konsequenterweise nicht sinnvoll sein, zum Beispiel die Mitversicherung in den Sozialsystemen für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen.«

Dr. Hermann Kues, MdB

»Rückfall ins Mittelalter«

HOSI Wien

Die Homosexuelle Initiative (HOSI) Wien wies den Versuch des Vatikans entschieden zurück, weltweit gegen die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mobil zu machen.

»Das ist ein Rückfall ins tiefste Mittelalter«, kommentierte HOSI-Wien-Obfrau Helga Pankratz den – so in einer Stellungnahme der Organisation wörtlich – »unerhörten Vorstoß von Kardinal Ratzinger & Co«. Weiter sagte sie: »Die römisch-katholische Kirche hat offenbar immer noch nicht begriffen, dass in den aufgeklärten und pluralistischen Gesellschaften außerhalb des Vatikans Trennung von Kirche und Staat herrscht oder es eine Staatskirche gibt. Niemand will der römisch-ka-

tholischen Kirche bei der kirchlichen Trauung dreinreden, aber genauso erwarten wir, dass die Kirche sich bei der staatlichen Eheschließung raushält. Diese versuchte Einflussnahme auf demokratisch gewählte Parlamente ist unerträglich, wird aber auch gläubige Demokratinnen und Demokraten vor den Kopf stoßen und im Endeffekt kontraproduktiv sein. Es ist inakzeptabel, dass die katholische Kirche auf diese Weise gegen die Gleichberechtigung und Gleichstellung aller Menschen arbeitet.«

»Wenn sie so weitermacht«, ergänzte HOSI-Wien-Obmann Christian Högl, »wird die römisch-katholische Kirche noch stärker Mitglieder verlieren, weil sich immer mehr Menschen von solchen Haltungen und Aktionen angewidert abwenden, und zu einer fundamentalistischen Sekte verkommen, die niemand mehr ernst nehmen kann. Die Vorstellung beziehungsweise das Argument, die Diskriminierung und Ungleichbehandlung von Lesben und Schwulen sei notwendig, um die traditionelle Familie zu schützen, ist nicht nur unsinnig und lächerlich, sondern wurde erst vorige Woche auch in der denkwürdigen Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in der Beschwerde Karner gegen Österreich als nicht mit der Menschenrechtskonvention vereinbar zurückgewiesen.«

Die HOSI Wien sprach zugleich eine deutliche Warnung aus: »Sollte es die katholische Kirche in Österreich wagen, sich auf Basis dieses Ratzingerergusses in dieser Frage

wieder massiv in die Innenpolitik einzumischen, kann ich mir durchaus ein neues Bischofsouting vorstellen.« So HOSI-Wien-Generalsekretär Kurt Krickler, der vor genau acht Jahren, am 1. August 1995, die homosexuellen Neigungen von vier österreichischen Bischöfen geoutet hatte. Weiter erklärte er: »Denn es gibt ja noch mehr als die vier damals genannten. Wenn dieses Mittel das einzige ist, um die Kirche in ihrem undemokratischen und menschenrechtswidrigen Tun in die Schranken zu weisen, dann werde ich auch wieder zu diesem Mittel greifen. Die Zeiten, da die römisch-katholische Kirche ungestraft auf den Menschenrechten von Lesben und Schwulen herumtrampeln konnte, sind endgültig vorbei. Wir nehmen das nicht mehr widerstandslos hin.«

*Christian Högel,
Obmann der Homosexuellen Initiative
Wien*

*Kontakt und weitere Informationen:
Homosexuelle Initiative (HOSI) Wien
– Erster Lesben- und Schwulenverband
Österreichs
Christian Högl
Tel. (0 69 91) 1 81 10 38
E-Mail: office@hosiwien.at
Internet: www.hosiwien.at*

Katholische Kirche distanziert sich von CSD- Gottesdienst

Dem Erzbischöflichen Ordinariat München-Freising war es zum diesjährigen örtlichen Christopher Street Day (CSD) eine Pressemitteilung wert, zu erklären, dass sich die katholische Kirche nicht an einem »ökumenischen Abendmahlsgottesdienst zum CSD« beteiligt. Die mitveranstaltende Gruppe »Katholischer Gottesdienst für Lesben, Schwule und Queers« (vgl. WERKSTATT, Nr. 3/2002, S. 338-340) sei keine anerkannte kirchliche Gruppierung, sondern ein »privater Initiativkreis«.

Die Erzdiözese verweist stattdessen auf ihr »Seelsorgsangebot mit ausschließlich pastoraler Ausrichtung« und betont: »Eine Propaganda für homosexuelle Lebensformen oder auch eine Beteiligung im Rahmen eines ›Christopher-Street-Days‹ ist damit ausdrücklich nicht verbunden. Die pastoralen Bemühungen der katholischen Kirche um homosexuelle Menschen stehen nicht für eine solche Propaganda zur Verfügung.«

Dazu Stadtrat Thomas Niederbühl von der Schwul-lesbischen WählerInneninitiative Rosa Liste München e. V., dem das Münchner Ordinariat wegen seines schwulenpolitischen Engagements 1989 die kirchliche

Lehrerlaubnis entzog: »Es ist wirklich bedauerlich, dass meine Kirche nicht anerkennen will, dass Lesben und Schwule in Gemeinden oder in kirchlichen Einrichtungen engagiert und bei Priestern und Ordensleuten überproportional vertreten sind. Viele von ihnen wünschen sich die Akzeptanz ihres Lebensstils und den Segen für ihre Partnerschaften auch von ihrer Kirche. Stattdessen erfahren wir wieder einmal lautstarke Ablehnung. Die Kirche verursacht damit nicht nur großes persönliches Leid bei Betroffenen, sondern propagiert damit eine bewusste gesellschaftliche Ausgrenzung von Lesben und Schwulen.«

Niederbühl fragt sich auch, was das pastorale Seelsorgsangebot der Diözese sein soll, wenn schwul-lesbisches Leben abgelehnt wird. Der Stadtrat erklärt weiter: »Die Kirche betont zwar immer wieder, dass niemand wegen seiner homosexuellen Identität diskriminiert werden darf, verurteilt aber praktizierte Homosexualität. Das ist so widersprüchlich, wie wenn ich zwar betone, dass ein Linkshänder nicht diskriminiert werden darf, solange er seine linke Hand nicht benützt und sich nicht mit anderen für die Akzeptanz von Linkshändern organisiert. Dieser Widerspruch ist weder lebbar noch kann er als Akzeptanz missverstanden werden.«

Niederbühl erinnert auch an den Beschluss der katholischen Bischofskonferenz, kirchlichen Mitarbeitern beim Eintrag einer Lebenspartnerschaft zu kündigen. Wegen dieser diskriminierenden Praxis stellte er den noch laufenden Stadtratsantrag, kirchliche Träger nur noch dann freiwillig

städtisch zu bezuschussen, wenn diese eine Antidiskriminierungserklärung abgeben (vgl. WERKSTATT, Heft 1/2003, S. 116).

*(Schwul-lesbische WählerInneninitiative
Rosa Liste München e. V.)*

*Kontakt und weitere Informationen:
Internet: www.rosaliste.de*

Herausforderung Vielfalt

Eine Lebensformtagung in Bad Segeberg

»Ohne Angst verschieden sein – Die Kraft der Vielfalt nutzen.« Unter diesem Motto will die Landesregierung Schleswig-Holstein bundesweit eine Spitzenreiterposition einnehmen, wenn es darum geht, Diskriminierungen abzubauen. Die schleswig-holsteinische Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein, Anne Lütkes, sprach sich auf der Tagung »Herausforderung Vielfalt« in Bad Segeberg (vgl. WERKSTATT, Nr. 4/2002, S. 459 f.) für die zügige Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes auf Bundesebene aus. »Wir sind es den Minderheiten und Schutzbedürftigen in unserer Gesellschaft schuldig, sie vor Diskriminierungen jeder Art zu schützen. Wenn dies auf freiwilliger Grundlage nicht möglich ist – und

dies zeigen leider die alltäglichen Erfahrungen – dann müssen wir diesen Schutz durch ein Gesetz gewährleisten. Der Entwicklungsstand einer Gesellschaft misst sich daran, wie sie mit ihren Minderheiten umgeht.«

Die Tagung markierte den Abschluss des Projekts »Difference Troubles«, das vom schleswig-holsteinischen Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie (MJF) zusammen mit der Evangelischen Akademie Nordelbien – der bekanntlich die Schließung aufgrund der allgegenwärtigen Sparzwänge bevorsteht – und dem Institut für Pädagogik der Christian-Albrechts-Universität Kiel durchgeführt worden ist. In dem Projekt wurden Erfahrungen mit Strategien zum Abbau von Diskriminierung in verschiedenen Ländern untersucht und Vorschläge für eine konzeptionelle Weiterentwicklung erarbeitet. Die Tagungsergebnisse sind veröffentlicht auf der Homepage des Projekts: www.difference-troubles.de.

Ministerin Lütkes präsentierte im Rahmen der Tagung die neue Broschüre »Prozesssteuerung, Wirksamkeit, Nachhaltigkeit – Politik für Lesben und Schwule in Schleswig-Holstein 1997 bis 2002«. Die Broschüre dokumentiert das von der Landesregierung gemeinsam mit anderen Akteuren entwickelte Steuerungskonzept. Sie ist kostenlos erhältlich bei der Pressestelle des MJF unter Telefon (0 4 31) 9 88-37 03 oder E-Mail: pressestelle.mjf@jumi.lansh.de.

*(Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend
und Familie des Landes
Schleswig-Holstein, Pressestelle)*